

Solidarität in der Corona-Pandemie

In diesen Tagen werden zahlreiche Beschränkungen, die zur Eindämmung der Corona-Pandemie erlassen wurden, gelockert. Das ist möglich, weil das Infektionsgeschehen hierzulande beherrschbar geblieben ist. Allerdings ist das nicht mehr als ein Etappenerfolg. Nach wie vor sind unsere Wachsamkeit und unsere Solidarität gefordert.

Aber was bedeutet Solidarität in dieser Pandemie-Situation konkret? Nach einigen Wochen des Lebens in einer Art „Ausnahmezustand“ wird deutlich, dass das eine Frage ist, deren Beantwortung keineswegs immer auf der Hand liegt. Deswegen müssen wir uns in unserer offenen, demokratischen Gesellschaft darüber austauschen und darauf verständigen, wie unser gemeinsamer, solidarischer Weg durch diese schwere Zeit hindurch aussehen soll. Ich bin der festen Überzeugung, dass auch die Kirche zu dieser Debatte einen Beitrag leisten kann: durch das Beispiel gelebter Solidarität in unseren Gemeinden, aber auch durch die kirchliche Soziallehre. Denn die momentan allseits geforderte Solidarität ist einer der zentralen Begriffe der christlichen Sozialethik.

Sozialprinzip Solidarität

In der katholischen Soziallehre sprechen wir von der Solidarität als einem „Sozialprinzip“. Dieses Solidaritätsprinzip zielt nicht auf bloße Gruppensolidarität, in der es allein darum geht, bestimmte (wirtschaftliche) Interessen gemeinsam zu verfolgen. Solidarität im sozialethischen Sinne ist vielmehr, wie es Papst Johannes Paul II. 1987 in seiner Enzyklika *Sollicitudo rei socialis* formuliert hat, „die feste und beständige Entschlossenheit, sich für das ‚Gemeinwohl‘ einzusetzen, das heißt für das Wohl aller und eines jeden, weil wir für alle verantwortlich sind.“

Diese Definition von Solidarität verweist auf das klassische Verständnis von sozialer Gerechtigkeit als auf das Gemeinwohl zielende Leitregel zur Gestaltung von Gesellschaft. Gemeinwohl ist dabei keine quantitative Größe, es meint nicht bloß die Summe aller Einzelwohle. Das Gemeinwohl, von dem hier die Rede ist, ist vielmehr eine qualitative Größe, die darauf gerichtet ist, die gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle Menschen ein Leben in Würde und nach den eigenen Zielen und Vorstellungen führen können.

Die sozialen Kosten des social distancing

Solidarität zu üben, bedeutet in der akuten Pandemie zunächst einmal, sich und andere vor Ansteckung mit COVID-19 zu schützen. Der Einsatz, der uns dabei abverlangt wird, ist auf den ersten Blick nicht besonders groß. Wir müssen nur die Empfehlungen und Regeln zum „social distancing“ befolgen.

Schon nach wenigen Wochen müssen wir allerdings erkennen, dass es ganz so einfach auf Dauer leider doch nicht ist mit der Solidarität in Corona-Zeiten. Denn die mit dem social distancing einhergehenden Zwänge verursachen bereits nach wenigen Wochen erhebliche soziale und volkswirtschaftliche Kosten. Auch wenn der ganz strikte Lockdown nun erst einmal beendet ist, bleiben viele Belastungen bestehen. Das betrifft einerseits Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Immer noch steht nicht weniger auf dem Spiel als die Existenz zigtausender Betriebe und Unternehmen und damit auch der Fortbestand von Millionen Arbeitsplätzen. Hinzu kommen die jenseits des Materiellen liegenden sozialen Kosten. Die Mehrbelastung der Familien etwa, die Vereinsamung älterer Menschen, die Ausdünnung der sozialen Kontakte insgesamt.

Insofern ist die Frage nach Solidarität in der Zeit der Pandemie alles andere als trivial. Wenn Unternehmen insolvent werden und Menschen in Kurzarbeit müssen oder gar ihren Arbeitsplatz verlieren, dann sind das nicht nur individuelle Schicksalsschläge, sondern es hat auch weitreichende gesellschaftliche Folgen. Die Steuereinnahmen brechen ein, und damit wird nicht zuletzt die Finanzierung der in unserem Sozialstaat institutionalisierten Solidarität gefährdet. Und wenn das zivilgesellschaftliche Leben ausgedünnt wird, berührt das existentielle Bedingungen unserer Demokratie.

Solidarität und Subsidiarität

Solidarität verlangt persönliche Opfer. Zur Solidarität gehört aber auch, niemandem mehr abzuverlangen, als für die Erreichung der Gemeinwohlziele notwendig ist. Neben dem Solidaritäts- gilt das Subsidiaritätsprinzip. Deswegen ist es sowohl richtig, die strengen Maßnahmen des Lockdown nun besonnen zurückzubauen als auch die Verantwortung für die praktische Umsetzung der Regeln zur sozialen Distanz in die Hände der konkret handelnden Institutionen und Gesellschaftssubjekte zu legen, also etwa der Schulen, der Kirchen, der Kultureinrichtungen, der Unternehmen und Betriebe.

Die Unternehmen, die durch die Pandemie in Schieflage geraten, und die Menschen, deren Arbeitsplätze dadurch bedroht werden, sind ohne jedes eigene Verschulden in dieser Notlage. Mehr noch: Sie mussten und müssen behördlich angeordnete Maßnahmen solidarisch mittragen, auch wenn sie ihren eigenen wirtschaftlichen Interessen zuwiderlaufen. Solidarität ist ein Prinzip auf Gegenseitigkeit. Deswegen steht die Gesellschaft wiederum in der solidarischen Pflicht, die von diesen Maßnahmen Getroffenen mit den daraus resultierenden Lasten nicht alleine zu lassen. Deutschland verfügt über eine ganze Reihe von finanz-, wirtschafts-, sozial- und arbeitspolitischen Instrumenten, um diese jetzt geforderte Solidarität institutionell wirksam werden zu lassen. Die finanziellen Lasten müssen solidarisch und gerecht auf die Schultern aller verteilt werden, auch zwischen den Generationen.

Internationale und europäische Solidarität

Nicht nur im nationalen, sondern auch im internationalen Kontext sind wir aufgerufen, neue Wege zu finden, um einander in dieser Pandemie beizustehen. Gerade die ärmeren Länder werden auf unsere Solidarität angewiesen sein, und zwar in ganz erheblichem Ausmaß und auf vielfältige Weise.

Als überzeugter Europäer hat es mich geschmerzt zu sehen, dass es anfänglich so aussah, als würde ein wieder aufflammender Streit über Eurobonds (Coronabonds) die Europäische Union vor eine Zerreißprobe stellen. Dann aber wurde ein respektables Hilfspaket im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus geschnürt und ein stattlicher Wiederaufbaufonds beschlossen. Damit zeichnet sich ein Weg ab, auf dem europäische Solidarität praktiziert und zugleich die auch im EU-Vertrag verankerte Subsidiarität gewahrt werden kann. Das ist für die Zukunft Europas existentiell, denn Populisten versuchen auch die gegenwärtige Situation zu instrumentalisieren, um Stimmung gegen die Europäische Union zu machen und ihren Nationalismus zu propagieren. Das besorgt mich zutiefst, und diese Sorge steht im Kontext weiterer bedenklicher Entwicklungen in einer Reihe von Ländern, wo diese Krise missbraucht wird, um die offene Gesellschaft zu diskreditieren oder autoritäre Machtstrukturen zu etablieren. Wir müssen darauf achtgeben, dass die Pandemie sich nicht noch von einer Gefahr für unsere Gesundheit zu einer Bedrohung für unser gemeinsames Europa und dessen liberale, demokratische Grundlagen ausweitet.